

menden Leiter ihrer Auslieferungsabteilungen entsprechend zu instruieren. (Weitere Zustimmung.)

Wir kommen nun zum

Tätigkeitsbericht,

und zwar zunächst zum Preisschutzsystem des Buchhandels. Dann folgen: Die buchhändlerische Verkaufsordnung. — Buchhändlerisches Verkehrsrecht. — Maßnahmen gegen den Abbau der Kulturetats.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben eben aus dem Munde des Vertreters des Lehrmittelverlags und -handels Ausführungen gehört, die dieses Gebiet berühren. In Wirklichkeit reichen die Wirkungen des Abbaues der Kulturausgaben natürlich weit über das Gebiet des Lehrmittelwesens hinaus, und ich muß ausdrücklich betonen, daß tatsächlich an verschiedenen Stellen nach unserer Auffassung insofern verkehrt vorgegangen wird, als man lediglich am Sackgasse, unter den auch die Bücher fallen, gespart hat, daß man aber hinsichtlich einer gewissen Rationalisierung des Betriebes nicht immer das getan hat, was unter den heutigen Zeitverhältnissen notwendig wäre, und das gibt uns Veranlassung, auch heute wieder unsere Meinung in einer Resolution kundzugeben, die ich Ihnen jetzt verlesen möchte. Sie lautet:

Die Hauptversammlung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler am Sonntag Rogate 1932 zu Leipzig stellt mit ernster Sorge fest, daß die Sparmaßnahmen der Behörden auf kulturpolitischem Gebiete nicht nur den deutschen Buchhandel, sondern vor allen Dingen das deutsche Geistesleben in verhängnisvoller Weise schädigen und auf die Dauer völlig zu zerstören drohen.

Die Hauptversammlung vermißt bei diesen oft grob schematischen Sparmaßnahmen die erforderliche Rücksicht auf die deutsche Wissenschaft, das deutsche Schrifttum und den deutschen Buchhandel, der die Ergebnisse von Wissenschaft und Schrifttum zu betreuen hat.

Die Hauptversammlung richtet an alle behördlichen Stellen die dringende Mahnung, bei den Entscheidungen über den Abbau geistiger Werte ernster und vorsichtiger als bisher zu prüfen, welche Kulturgüter auf dem Spiele stehen, die, wenn sie einmal vernichtet sind, sich vielleicht in jahrzehntelanger Arbeit nicht wieder ersetzen lassen.

(Lebhaftes Bravo.)

Ich glaube, diese Entschliebung spricht für sich selbst, und eine Aussprache darüber ist wohl nicht erforderlich.

Befindet sich jemand im Saale, der gegen diese Entschliebung etwas zu erwähnen hat? — Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß sie einstimmig angenommen ist.

Ehe ich in der Verlesung des Geschäftsberichts weiter fortfahre, möchte ich Herrn Geheimrat M i c h a e l herzlichst hier willkommen heißen.

Unlauterer Wettbewerb. — Wettbewerb der öffentlichen Hand.

Herrmann Hilliger (Berlin): Meine Damen und Herren! Ich habe mich zwar zu dem unlauteren Wettbewerb nicht zum Worte gemeldet, bitte aber doch um die Erlaubnis, zunächst ein Wort dazu sagen zu dürfen.

Seit einigen Jahren beobachten wir zu unserem großen Bedauern die immer weitere Ausdehnung der Einheitspreisgeschäfte. Ich glaube, wir im Buchhandel haben noch nicht genügend erkannt, von welcher verderblichen Wirkung diese Geschäftsform auch für uns ist. Durch Notverordnung ist ja ihre weitere Ausdehnung verhindert worden. Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, in welcher eigenartigen Form die Reichsregierung es kurzfristigerweise verabsäumt, sich ihre Steuerquellen zu erhalten. Im vorletzten Jahre haben die Einheitspreisgeschäfte 25 Millionen RM umgesetzt; im letzten Jahre ist ihr Umsatz auf das 10fache, auf 250 Millionen RM gestiegen. (Hört, hört!) Was bedeutet das? Es bedeutet, daß nicht weniger als 25 000 Geschäfte des Mittelstandes nicht mehr existieren konnten, weil einige Einheitspreisgeschäftsinhaber einen großen Reibbes machen. (Zustimmung.) Nicht nur die Reichsregierung, nein, ich glaube auch jeder einzelne von uns und die gesamte deutsche Wirtschaft

hat das größte Interesse daran, die schaffenden Stände und insbesondere den Mittelstand leistungsfähig zu erhalten, und das ist nur möglich, wenn man derartige Erscheinungen in der stärksten Form bekämpft. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun komme ich zu dem zweiten Punkt, zu meinem Spezialgebiet: der Bekämpfung des Wettbewerbs der öffentlichen Hand, und da hoffe ich sehr, daß unser hochverehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, mit dem ich früher schon einmal hierüber gesprochen habe, uns helfen wird, wenn wir dagegen sehr energisch vorgehen. Wir haben vor einiger Zeit gehört, daß die Buchdruckereien sich bitter darüber beklagt haben, daß es heute noch über 300 Betriebe der öffentlichen Hand gibt, die Buchdruckereien aufrechterhalten, — Buchdruckereien, ursprünglich geschaffen für den engsten Bürobetrieb, wogegen man gar nichts einwenden kann, denn es gibt ja amtliche Mitteilungen, deren Vervielfältigung auf drucktechnischem Wege zum Zwecke der Weitergabe an untergeordnete Stellen erforderlich ist, die aus Staatsinteresse nicht einer fremden Druckerei anvertraut werden können. Wenn sich diese Betriebe auf die Herstellung solcher Drucksachen beschränken, ist nichts dagegen einzuwenden. Aber auch hier kommt, wie auch sonst, der Appetit beim Essen. Man hat Beamte angestellt, um diesen Behördendruckereien usw. vorzustehen, diese Beamten mußten sich betätigen, um ihre Daseinsberechtigung zu erweisen, und so kamen sie auf den Gedanken, von außen Arbeit heranzuziehen. Ich erinnere Sie an den bekannten Vorfall mit der früheren Norddeutschen Druckerei, die von der Preussischen Staatsregierung übernommen wurde, was dann dazu führte, daß jeder, der in irgendeiner Form mit der Preussischen Regierung in Geschäftsverbindung trat, aufgefordert wurde, der Preussischen Druckerei- und Verlags-A.-G. Druckaufträge zu erteilen. Das hat sich allerdings nicht bewährt, weil die Preussische Druckerei nicht genügend leistungsfähig war.

Der Wettbewerb der öffentlichen Hand geht immer noch weiter. Im Geschäftsbericht sind nur zwei Fälle erwähnt worden; ich habe im letzten Jahre nicht weniger als 45 Einzelfälle bearbeitet. Meistens sind sie durch Verständigung mit den Ministerien beigelegt worden. Vielfach begegnet man aber — und deshalb erbitte ich die Mitarbeit des Herrn Reichskommissars Dr. Goerdeler — völliger Verständnislosigkeit bei den Behörden. Das hat wohl seinen Grund darin, daß bei dem Übermaß der Beamten für einen Teil von ihnen nicht genügend Beschäftigung vorhanden ist und daß diese Beamten nun aus Furcht, abgebaut zu werden, bestrebt sind, diligentiam zu prästieren. Das können wir auf keinen Fall billigen. Wir werden mit allen Kräften und mit jedem erlaubten Mittel dahin wirken, daß die öffentliche Hand sich von allen Geschäften fernhält, die nicht zu ihrem Arbeitsbereiche gehören. (Lebhafte Zustimmung.) Hierbei werden wir mit allen Organisationen der mittelständlerischen Vereinigungen Hand in Hand gehen müssen, und ich bin überzeugt, daß wir, wenn wir in diesen unseren Bemühungen nicht erlahmen, endlich zu dem Erfolge kommen werden, daß auch die Regierungsstellen einmütig einsehen, daß alle Geschäftsbetriebe der öffentlichen Hand letzten Endes dieser selbst am meisten Schaden zufügen, indem sie die Arbeitslosigkeit erhöhen, die Steuerkraft vernichten und auf diese Weise einen sehr teuren Staatsbetrieb zur Folge haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender, Erster Vorsteher des Börsenvereins Dr. Friedrich Oldenbourg (München): Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind Herrn Hilliger nicht nur für seine Ausführungen zu Danke verpflichtet, sondern auch für sein unentwegtes Arbeiten während des ganzen Jahres in der Richtung dessen, was er uns hier dargelegt hat. (Lebhafter Beifall.)

Ich muß noch kurz auf den vorhergehenden Abschnitt im Geschäftsbericht zurückgreifen. Unter dem Motto: Unlauterer Wettbewerb finden Sie auch einen Absatz über Leihbibliotheken. Die Verhältnisse auf diesem Gebiete haben sich in geradezu katastrophaler Weise zugespitzt. Es haben sich, wie es ein Schriftstellervertreter einmal bezeichnet hat, allenthalben in den Großstädten »Bananenläden« aufgetan, in denen — man